

Mechthild Heil MdB

CDU

Berlin-Info Nr. 3 | 2. Februar 2018



Liebe Leserinnen und Leser,

was für eine Woche - nachdem letztes Jahr im November nur ein Hauptausschuss gebildet wurde, um das Parlament handlungsfähig zu halten (wie zum Beispiel die Verlängerung von Bundeswehrmandaten zu beraten), konnten wir in dieser Woche mit der ordentlichen Ausschussarbeit beginnen. Nach den anstrengenden Koalitionsverhandlungen und einer möglichen Zustimmung der SPD kann es zwar erneut zu „Umschichtungen“ der Bundesministerien und Ressorts kommen, allerdings sind wir nun erst einmal gut aufgestellt. Ich freue mich jetzt auf zwei Wochen im Wahlkreis und die tollen Tage!

Ich wünsche Ihnen ein schönes Wochenende!

Ihre

M. Heil

Koalitionsverhandlungen

Nachdem die SPD sich nach ihrem Beschluss vom Bundestag vor zwei Wochen noch einmal Zeit für parteiinterne Beratungen genommen hat, konnten wir am Sonntag endlich in die Koalitionsverhandlungen einsteigen, die daraufhin meinen gesamten Wochenplan bestimmten. Ich durfte in der Arbeitsgruppe Innen, Recht und Verbraucherschutz mitarbeiten.

Wir haben uns expertenweise in mehrere Unterarbeitsgruppen aufgeteilt, um in der kurzen Zeit unsere Positionen adäquat verhandeln zu können. Insgesamt wurden von Dienstag bis Donnerstag alleine über 200 Emails zur Abstimmung und Koordination meiner Untergruppen versendet. Die inhaltlich erarbeiteten Ergebnisse wurden

lediglich in Druckversionen verschriftlicht und ausgeteilt, um die vereinbarte Vertraulichkeit zu wahren. Der Zeitplan ist ambitioniert: bis zum 4. Februar soll der fertige Koalitionsvertrag stehen. Ich bin aber zuversichtlich, dass wir das schaffen, morgen und übermorgen werden nur noch Feinheiten abgestimmt, das große Gerüst steht.

Danach warten wir alle gespannt auf die Mitgliederbefragung der SPD in den kommenden Wochen. Mitwählen dürfen dann auch alle Neumitglieder, die bis zum 6. Februar in die Partei eingetreten sind. Ich hoffe, dass unsere harte Arbeit honoriert wird und nicht zugunsten von Parteikalkül geopfert wird.

Mechthild Heil MdB | Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
Email: mechthild.heil@bundestag.de
Telefon (030) 227 77040
Telefax (030) 227 76423

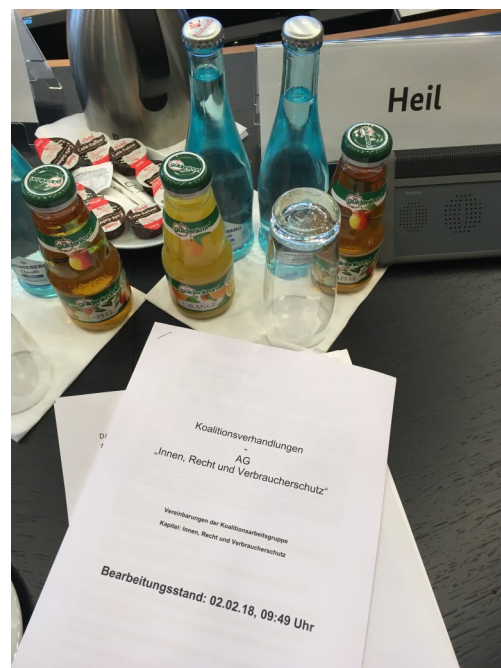


Web: www.mechthild-heil.de

Twitter: [@MechthildHeil](https://twitter.com/MechthildHeil)

Facebook: www.facebook.com/MechthildHeil

Instagram: www.instagram.com/mechthild_heil



Verhandlungen über Koalition in vollem Gange

Wir stehen mitten in den Koalitionsverhandlungen mit der SPD, an denen auch viele Kolleginnen und Kollegen aus der Fraktion beteiligt sind. Die erzielten Ergebnisse der Sondierungsgespräche sind dabei Ausgangspunkt und roter Faden. Bereits fest Vereinbartes werden wir nicht mehr aufgeben, es wird nur in einigen Punkten ergänzt und erläutert. Eine gute Regierungsführung und eine erfreuliche wirtschaftliche Entwicklung geben uns die nötigen finanziellen Spielräume, um unser Land weiter voranzubringen und zu modernisieren. Dabei steht das Thema Digitalisierung ganz vorne. Aber auch die Bereiche Sicherheit – innere und soziale –, Infrastruktur, Bildung und Familie stehen im Fokus, wofür wir jetzt den richtigen Rahmen setzen, Planungen beschleunigen und als Bund den Ländern bei der Bewältigung ihrer Aufgaben beistehen wollen.

Wir haben uns den zeitlichen Rahmen für die Gespräche eng gesetzt und wollen am Ende der laufenden Woche die Verhandlungen zu einem erfolgreichen Abschluss bringen. Wir wissen, es ist höchste Zeit, dass wir eine stabile Regierung für unser Land bilden und wieder als verlässlicher Ansprechpartner für unsere Freunde und Partner im Ausland zur Verfügung stehen.

Familiennachzug: Keine weitere Zuwanderung

So wie in den Sondierungsgesprächen mit der SPD vereinbart, bleibt der Familiennachzug zu dem Personenkreis der subsidiär Schutzberechtigten zunächst ausgesetzt. Ab 1. August 2018 wird der Zuzug der Kernfamilie aus humanitären Gründen im Umfang von maximal 1.000 Personen im Monat zugelassen. Die genauen Kriterien müssen in einem neuen Gesetzgebungsverfahren noch festgelegt werden. Für besondere Einzelschicksale gilt wie bisher eine Härtefallregelung. Im Gegenzug entfällt die Aufnahme von – wie bisher – monatlich 1.000 Flüchtlingen aus Griechenland und Italien. Es gibt damit nicht mehr Zuwanderung nach Deutschland. Das war unser Ziel. Wir haben mit den Sozialdemokraten hart um diese Regelung zur Begrenzung der Zuwanderung gerungen. Mit der Einigung wurde auch eine wichtige Hürde im Rahmen der Koalitionsverhandlungen genommen. Wir haben unser Regelwerk zur Migration

durchgesetzt, weil CDU und CSU geschlossen gehandelt haben.

Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus

Am 27. Januar 1945 wurde das deutsche Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz durch die Rote Armee befreit. In dieser Sitzungswoche beginnen wir wie jedes Jahr diesen Gedenktag in Erinnerung an das Menschheitsverbrechen der Shoah, das von deutschem Boden ausging. Immer noch haben wir Antisemitismus – bestehenden und neu hinzukommenden – in unserem Land zu beklagen. Wir stehen an der Seite aller Menschen jüdischen Glaubens und werden nicht zulassen, dass diese heute wieder vermehrt um ihre Sicherheit in Deutschland fürchten müssen.

Die Gedenkrede im Plenum des Deutschen Bundestages hielt mit Anita Lasker-Wallfisch eine Überlebende der Konzentrationslager Auschwitz und Bergen-Belsen. Sie wurde gemeinsam mit ihrer Schwester Renate durch ihre Erklärung, die sie am 15. April 1945 inmitten der Opfer im Lager Bergen-Belsen abgaben, als "Stimmen der BBC" bekannt. ●



Die parlamentarische Ausschussarbeit

Am Mittwoch wurde der Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz konstituiert in dem ich auch in dieser Legislaturperiode wieder ordentliches Mitglied bin. Zusätzlich bin ich noch stellvertretendes Mitglied im Innenausschuss. Welche Bundestagsfraktion den Vorsitz in welchem Ausschuss übernimmt, wird bereits im Vorfeld geklärt. Im Fall des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz stand es der AfD-Bundestagsfraktion zu einen Kandidaten als Vorsitzenden vorzuschlagen. Die konstituierende Sitzung wurde vom Vizepräsident des Bundestags Thomas Oppermann, stellvertretend für Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble, eröffnet. Normalerweise übernimmt im Anschluss der dafür vorgeschlagene Abgeordnete den Posten des Ausschussvorsitzenden. Eine Wahl des Ausschussvorsitzenden findet nur statt, wenn eine oder mehrere Fraktionen Widerspruch gegen den vorgeschlagenen Kandidaten einlegen. Dies war hier der Fall, da sowohl die Vertreter der Linken als auch von Bündnis 90/Die Grünen Widerspruch gegen den Kandidaten der AfD-Fraktion, Stephan Brandner, einlegten. Nach einer hitzigen Debatte wurde über die Personalie abgestimmt und Stephan Brandner als Vorsitzender bestätigt. In den nächsten Monaten muss er nun beweisen, dass er in der Lage ist den wichtigen Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz mit der dieser Position angemessenen Zurückhaltung zu führen. ●



Daten und Fakten

Deutlicher Rückgang der sog. chronischen Arbeitslosigkeit. Seit 2006 hat sich der Anteil der chronisch Arbeitslosen an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen und Erwerbslosen in Deutschland halbiert und sank von mehr als sechs auf rund drei Prozent. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Anders als der Indikator Langzeitarbeitslosigkeit dokumentiert die Zahl der chronisch Arbeitslosen auch diejenigen Personen, die zwar kurze Phasen der Beschäftigung durchlaufen oder an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen teilnehmen, aber dennoch auf dem Arbeitsmarkt nicht nachhaltig Fuß fassen können. Die Langzeitarbeitslosigkeit umfasst demgegenüber lediglich Personen, die mindestens zwölf Monate durchgängig arbeitslos sind. Im Jahr 2015 belief sich die Zahl der chronisch Arbeitslosen auf 1,2 Mio., die der Langzeitarbeitslosen auf rund eine Million. 2006 waren es noch jeweils 2,6 Mio. und 1,9 Mio.

(Quelle: Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung) ●

Mehr Deutsche profitieren von Pflegeleistungen. Seit rund einem Jahr gilt der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff sowie das damit einhergehende neue Verfahren zur Einstufung von pflegebedürftigen Menschen, durch das insbesondere Demenz- und psychische Erkrankungen stärkere Berücksichtigung finden. Wie der Medizinische Dienst des Spitzenverbandes Bund der Krankenkassen bekannt gab, stieg die Zahl der Versicherten 2017 im Vergleich zum Vorjahr um rund 304.000. Die Geschäftsführung des Vereins wertete dies als Nachweis eines verbesserten Zugangs zu den Leistungen der Pflegeversicherung. Die Gutachter des Medizinischen Dienstes begutachteten im vergangenen Jahr insgesamt über 1,6 Mio. Versicherte nach dem neuen Verfahren. 1,4 Mio. davon wurden in einen der fünf neuen Pflegegrade eingestuft.

(Quelle: Medizinischer Dienst des GKV-Spitzenverbandes) ●